

Gerechtigkeit und Straflosigkeit **Guatemalas Kommission für Historische Aufklärung 10 Jahre später**

Vor zehn Jahren lieferte die guatemaltekische Kommission für Historische Aufklärung (CEH) ihren grundlegenden Bericht über die Menschenrechtsverletzungen, die während des 36 Jahre andauernden internen bewaffneten Konfliktes begangen worden sind.

Einige der zentralen Empfehlungen der Kommission sind niemals umgesetzt worden und enthalten somit den Überlebenden, Opfern und deren Familien Gerechtigkeit und Wiedergutmachung vor.

Nach Schätzungen waren in Guatemala während des internen bewaffneten Konfliktes (1960-1996) 200 000 Menschen Opfer von Zwangs-Verschwindenlassen oder extralegalen Hinrichtungen.

Gemäß den von den UN vermittelten Friedensabkommen, die den Konflikt beendet hatten, wurde von der *Kommission für Historische Aufklärung* (Comisión de Esclarecimiento Histórico) eine grundlegende Untersuchung der schweren Menschenrechtsverletzungen aus den Jahren der Konflikte durchgeführt.

Der CEH-Report „Memory of Silence“ wurde am 25 Februar 1999 präsentiert. Er enthielt zentrale Erkenntnisse zu umfassenden und systematischen Menschenrechtsverletzungen, viele davon stellten Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, die während des internen Konfliktes begangen worden waren.

Der Bericht enthielt zudem eine Reihe von Schlüsselempfehlungen, die darauf angelegt waren, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung zu bringen und sicherzustellen, dass solche Gräueltaten niemals wieder geschehen könnten.

Zehn Jahre später jedoch sind einige der wichtigsten Empfehlungen immer noch nicht umgesetzt worden und diejenigen, die für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, sind immer noch nicht vor Gericht gebracht worden.

Gerechtigkeit

Die *Kommission für Historische Aufklärung* fand heraus, dass das guatemaltekische Militär und ihre Verbündeten für die große Mehrheit der Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gewesen ist, diese Menschenrechtsverletzungen umfassten Verschwindenlassen, extralegale Hinrichtungen und Folter.

Das Ausmaß und die Art und Weise der Übergriffe waren dergestalt, dass die Kommission zu dem Schluss kam, dass die Armee in vier Teilen des Landes des Genozids an der guatemaltekischen Bevölkerung schuldig sei.

Die *Kommission für Historische Aufklärung* dokumentiert insgesamt 669 Massaker, von denen 626 staatlichen Sicherheitskräften zugeschrieben werden konnten.

Weniger als fünf dieser Fälle haben bisher zu Verurteilungen durch guatemaltekische Gerichte geführt und selbst in diesen Fällen nur zu Verurteilungen von Offizieren niederen Rangs. Keine höherrangigen Offiziere oder Amtspersonen sind jemals vor Gericht gebracht

worden aufgrund ihrer Rolle hinsichtlich der Verordnung, Planung und Ausführung von weit verbreiteten und systematischen Menschenrechtsverletzungen.

- Am 5 Dezember 1982 betraten guatemaltekische Sicherheitskräfte die Gemeinde Dos Erres im Departement Petén. Als sie drei Tage später das Dorf wieder verließen waren mehr als 250 Männer, Frauen und Kinder gefoltert und umgebracht worden, die Frauen nach vielfachen Vergewaltigungen. Das Dorf war danach dem Erdboden gleichgemacht worden.
Seitdem die Untersuchungen des Massakers formell im Jahr 1994 eröffnet wurden, hat die Verteidigung mindest 30 Berufungen eingelegt und in circa 49 Fällen weitere juristische Verfahren angerufen. Die Untersuchungen sind nun seit beinahe 15 Jahren eröffnet, ohne dass irgendein erkennbarer Fortschritt gemacht wurde.
- Fünf Massaker wurden zwischen 1980 und 1982 gegen Angehörige der Achí in Río Negro, Landkreis Rabinal im Departement Baja Negro verübt. Eines hinterließ im März 1982 177 tote Frauen und Kinder. Lokale Menschenrechtsgruppen glauben, dass 4 000 bis 5 000 Menschen in dieser Zeit in der weiteren Umgebung von Rabinal ermordet wurden und dass 444 der 791 Einwohner von Río Negro extralegal hingerichtet wurden. Nach jahrelangen Bemühungen von Menschenrechtsverteidigern die Fälle voran zu bringen, wurden drei Angehörige der zivilen Selbstverteidigungspatrouille (Patrulla de Auto-Defensa Civil, PAC), eine von der Regierung gestützte paramilitärische Organisation, im Jahr 1998 für drei der Morde verurteilt (später wurde dies nach Berufung in zwei Morde umgeändert).
- Am 19 Oktober 1981 betraten Soldaten und Anführer paramilitärischer Gruppen das Dorf „El Jute“ im Departement Chiquimula. Sie verhafteten sieben Männer, deren Namen auf Listen standen, die sie mit sich trugen: Jacobo Crisóstomo Chegüen, Miguel Ángel Chegüen Crisóstomo, Raúl Chegüen, Inocente Gallardo, Antolín Gallardo Rivera, Valentín Gallardo Rivera und Santiago Gallardo Rivera. Diese sieben Männer wurden nie wieder gesehen. Im Jahr 2005 wurden ein Armee-Oberst und drei der paramilitärischen Anführer, die für das Verschwindenlassen verantwortlich gehalten wurden, verhaftet und angeklagt. Der frühere Oberst legte Berufung ein, mit dem Argument, dass ihm Amnestie gewährt werden müsse aufgrund des Nationalen Versöhnungsgesetzes von 1996. Nach mehreren gerichtlichen Auseinandersetzungen ordnete das Verfassungsgericht im Dezember 2008 den Obersten Gerichtshof dazu an, ein Urteil zu fällen, dass das Nationale Versöhnungsgesetz nicht für Verbrechen des Verschwindenlassens angewandt werden könne. Dieser Gerichtsbeschluss stellt einen positiven Schritt dar, bisher ist allerdings noch niemand für das Verschwindenlassen der sieben Männer vor Gericht gestellt worden.

Zentrale Informationen über diese und Hunderte von weiteren Fällen schwerer Menschenrechtsverletzungen sollen sich in Militärakten befinden, die aus der Zeit des internen gewaltsamen Konfliktes stammen.

Am 25 Februar 2008 hatte Präsident Álvaro Colom Caballeros angekündigt, dass die Militärarchive der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Das Verteidigungsministerium weigert sich jedoch, die Informationen, die es besitzt auszuhändigen.

Wiedergutmachung.

Wiedergutmachung ist ein zentrales Element der CEH Empfehlungen. Die *Kommission für Historische Aufklärung* hatte empfohlen, dass das Schicksal all derjenigen, die während des Konfliktes verschwunden waren, untersucht werden solle und eine Nationale Kommission für verschwundene Kinder gegründet werden solle.

Im Jahr 2007 wurde schließlich ein Gesetzentwurf präsentiert, der die Bildung einer Kommission vorsah, welche die Opfer der geschätzten 45 000 Verschwundenen herausfinden solle – dieser Gesetzentwurf wartet immer noch auf die Zustimmung des Kongresses.

Ein zweites zentrales Element der Wiedergutmachungen, das vom CEH-Report vorgesehen war, ist die Exhumierung der sterblichen Überreste derer die ermordet wurden und verschwunden waren. Vorherige Regierungen hatten den NGOs, welche die Exhumierungen vornahmen, einige finanzielle Unterstützung zukommen lassen. Nach den Angaben einer lokalen NGO, wurden bisher 5 350 Opfer identifiziert, so dass es möglich wurde, ihren Angehörigen die sterblichen Überreste zu übergeben.

Zum augenblicklichen Zeitpunkt ist es unklar, ob noch weitere finanzielle Mittel vorhanden sind, und ob die Regierung weiterhin die Exhumierungen unterstützen wird.

Zum zehnten Geburtstag des CEH-Reports fordert Amnesty International die staatlichen guatemaltekischen Instanzen auf, diesen Jahrestag der Würdigung der Opfer des internen bewaffneten Konflikts zu zelebrieren, indem neue und konzentrierte Anstrengungen unternommen werden, die Straflosigkeit derer, die für die begangenen Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, zu beenden. Dies stellt einen entscheidenden Schritt für die Herausbildung eines größeren Respekts der Menschenrechte im heutigen Guatemala dar.

Werdet jetzt aktiv

Bitte schreibt an die guatemaltekischen Regierungsstellen und:

- Drängt Präsident Colom dazu zu garantieren, dass die Militärakten, die vermutlich entscheidende Informationen zu Menschenrechtsverletzungen, welche während des internen bewaffneten Konfliktes begangen wurden, veröffentlicht werden – so wie dies von ihm am 25 Februar 2008 zugesichert worden war.
- Drängt Präsident Colom dazu, genügend finanzielle Ressourcen bereitzustellen um die Exhumierung von verborgenen Gräberfeldern all der Männer, Frauen und Kinder zu ermöglichen, deren sterbliche Überreste immer noch nicht wiedergefunden und identifiziert worden sind.

Bitte sendet Appelle an:

den Präsidenten der Republik Guatemala

Lic. Álvaro Colom, Casa Presidencial
6a. Avenida, 4-18, Zona 1
Ciudad de Guatemala, Guatemala
Fax: +502 2383 8390 / +502 2383 8383
(sagt: "tono de fax por favor")
Anrede: Dear President/Estimado Sr. Presidente

Drängt den Generalstaatsanwalt Anstrengungen zu unternehmen, diejenigen vor Gericht zu bringen, die für Verbrechen wie extralegale Hinrichtungen, Folter und Verschwindenlassen während des internen bewaffneten Konflikts verantwortlich waren, auch diejenigen, die diese Verbrechen geplant und angeordnet haben.

Bitte sendet Appelle an:

Attorney General
Lic. José Amílcar Velásquez Zárata
Fiscal General de la República y Jefe del
Ministerio Público
8a. Avenida 10-67, Zona 1
Antiguo Edificio del Banco de los Trabajadores
Ciudad de Guatemala, Guatemala
Fax: +502 2411 9124 / +502 2411 9326
Anrede: Dear Attorney General/Estimado Sr. Fiscal General

Fordert, dass der Präsident des Kongresses Schritte unternimmt, um den Gesetzesentwurf 3590, der dem Kongress am 18 Januar 2007 präsentiert worden war und der vorsieht, eine Kommission zu bilden um die Opfer des internen bewaffneten Konfliktes zu finden, wirkungsvoll behandelt wird und es zu keiner weiteren Hinauszögerung kommt.

Bitte sendet Appelle an:

President of Congress
Lic. José Roberto Alejos Cámara
Presidente del Congreso de la República
de Guatemala
Congreso de la República de Guatemala
9a. Avenida 9-44 Zona 1
Ciudad de Guatemala' Guatemala
Fax: +502 2220 4024
Anrede: Dear President/Estimado Sr. Presidente